

Die Verlängerung des Gentechfrei-Moratoriums in der Schweiz, ein Etappensieg - und was kommt 2013?



Daniel Ammann, PD Dr. sc. techn. ETH Zürich, seit 1990 Geschäftsleiter der Schweizerischen Arbeitsgruppe Gentechnologie SAG - ein Dachverband von rund 25 gentechnik-kritischen Organisationen in der Schweiz

Die von der SAG lancierte und koordinierte Eidgenössische Volksinitiative, die „Gentechfrei-Initiative“ feierte am 27. November 2005 einen historischen Abstimmungserfolg, denn gegen den Widerstand von Regierung und Parlamentsmehrheit wurde die Initiative mit 55.7% von Bevölkerung und allen Kantonen angenommen. Durch dieses Ja in der Bevölkerung trat ein Anbau-Moratorium für gentechnisch veränderte Pflanzen in der Schweizer Landwirtschaft für den Zeitraum 2005 – 2010 verfassungsmässig in Kraft.

Schon bald wird deutlich, dass sich das Moratorium bewährt. Es kommt zu keinem Import und Angebot von Gentech-Lebensmittel und der Import von Gentech-Futtermittel, der im Jahre 2004 noch bei 2100 Tonnen (0.55% des Gesamtimports) lag, sinkt während dem Moratorium auf 0.0% ab (2008). Die gentechnikfreie Futtermittelbeschaffung funktioniert. Zudem bewirbt die Landwirtschaft und Lebensmittelbranche mit dem Argument „gentechnikfrei“, Schweizer Lebensmittel können sich damit profilieren. Konflikte unter Bauern (Koexistenz) bleiben aus und die Lebensmittelbranche erspart sich Bürokratie (Deklaration).

Im Jahre 2008 bedient die SAG ParlamentarierInnen mit Argumenten für eine Moratoriumsverlängerung, was bei vielen PolitikerInnen auf Verständnis stößt. Noch im gleichen Jahr empfiehlt der Bundesrat dem Parlament - auf Grund vergleichbarer Argumente wie jene der SAG - eine Verlängerung um drei Jahre bis Ende 2013. In seiner Botschaft an das Parlament ist der Bundesrat der Ansicht, dass weder in der Landwirtschaft noch bei den Konsumentinnen und Konsumenten ein dringlicher Bedarf nach GVO im Lebensmittelbereich besteht - der Verzicht auf GVO wird gar als

Vorteil wahrgenommen. Gewünscht werden naturnahe, gentechnikfreie und qualitativ hochstehende Lebensmittel. Längerfristig betrachtet hat gemäß dem Bundesrat eine dreijährige Verlängerung des Moratoriums keine Folgen für die Gesamtwirtschaft. Auswirkungen auf die Arbeitsplatzsituation oder auf die Standortattraktivität der Schweiz als Gesamtwirtschaft seien nicht zu erwarten. In einer Medienmitteilung bekennt der Bund, dass das bisherige Moratorium zu keinen erkennbaren Problemen geführt habe, weder für die Landwirtschaft noch für die Forschung oder die internationalen Beziehungen.

In der Schlussabstimmung am Ende der Frühjahrssession 2010 wird die Moratoriumsverlängerung bis Ende 2013 in beiden Kammern des Parlaments deutlich bestätigt (Ständerat 33:10; Nationalrat 114:74).

Seit Moratoriumsbeginn läuft in der Schweiz das Nationale Forschungsprogramm „Nutzen und Risiken der Freisetzung gentechnisch veränderter Pflanzen“ (NFP 59). Es hat zum Ziel, das Anwendungspotenzial der pflanzlichen Biotechnologie in der Schweiz zu prüfen. Der Schweizerische Nationalfonds schreibt zum Programm: „Es wird nicht ausgeschlossen, dass die kommerzielle Freisetzung von GVP in der Schweiz aus Kosten- und Imagegründen nie ein Thema sein wird; das NFP könnte und sollte den Weg zu dieser oder einer anderen Entscheidung ein wichtiges Stück begleiten.“ Der Synthesebericht wird per Sommer 2012 erwartet. Es wird sich zeigen, ob die ca. 30 Projekte - darunter Freisetzungsversuche mit pilzresistentem Weizen - tatsächlichen Bedürfnissen der Schweizer Landwirtschaft eine Antwort bieten und ob die Koexistenzfrage für Schweizer Verhältnisse gelöst werden kann.

Die SAG befasst sich bereits heute mit der Frage nach dem wie weiter nach Moratoriumsende im November 2013. Es kommen verschiedene Strategien in Frage, um die Schweizer Landwirtschaft weiterhin gentechnikfrei zu halten – im äußersten Fall mit einer weiteren Volksinitiative. Bevor sich aber die SAG darauf festlegt, wie die weitere Gentechnikfreiheit nach Ende der Moratoriumsverlängerung gewährleistet werden soll, werden die Parlamentswahlen im Herbst 2011 abgewartet. Die Zusammensetzung im Parlament wird ein entscheidender Faktor sein, auf welche Weise ein weiteres verlängertes Moratorium zu Stande kommen kann.

Parallel ist die SAG bereits jetzt in Projekte involviert, um alternative ökologische Landwirtschaftskonzepte zu fördern. Nachdem die SAG in der Vergangenheit erfolgreich gegen die Agro-Gentechnik gekämpft hat, will sie sich vermehrt für die Förderung alternativer Modelle in der Landwirtschaft einsetzen. Ein erster Schritt wurde bereits für Dezember 2010 eingeleitet: Die SAG ist Mit-Veranstalterin eines Workshops "Biologische Pflanzenzüchtung in der Schweiz" und ist mitbeteiligt in einer Arbeitsgruppe zu ethischen Argumenten in der Züchtung. Die daraus resultierenden Erkenntnisse werden zu Folgeprojekten im Jahr 2011 führen.